

ÖFFENTLICHER DIENST

TARIFVERTRAG STATT LOHNDIKTAT

Der Hessische Landtag hat auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion beschlossen, dass Hessen wieder der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beitreten soll.

Die Mitarbeiter des Landes haben in der Vergangenheit die Hauptlast der „Operation Sichere Zukunft“ der CDU-Landesregierung tragen müssen. Sie werden schlechter bezahlt als ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern und müssen länger arbeiten.

- Die Mehrheit im Landtag fordert, dass mit dieser Schlechterstellung der hessischen Landesbeschäftigten Schluss ist. Deshalb soll Hessen wieder der Tarifgemeinschaft der Länder beitreten.

Für uns Sozialdemokraten ist selbstverständlich, dass Gehälter und Arbeitszeiten durch Tarifverträge bestimmt werden, bei denen Gewerkschaften und Arbeitgeber auf Augenhöhe miteinander verhandeln. Ein Lohndiktat per Gesetz, wie von der CDU-Landesregierung eingeführt, lehnen wir ab!

Für uns gilt auch der Grundsatz, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt. Wir werden dafür eintreten, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf die Beamten übertragen werden – bei der Besoldung sofort, bei der Arbeitszeit Schritt für Schritt.

Die geschäftsführende CDU-Landesregierung weigert sich, dem Mehrheitsbeschluss des Landtags zu folgen. Einmal mehr stellt sie die Demokratie auf den Kopf.

- Wir fordern, dass die Landesregierung dem Beschluss der Landtagsmehrheit folgt und die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder betreibt.
- Schluss mit Lohndiktat per Gesetz.

Guter Lohn für gute Arbeit – auch im öffentlichen Dienst.
Dafür steht die Hessen-SPD.

Wir in Hessen

SPD 